

## Konkurrenz ist geschützt und willkommen

### Führender chinesischer Wirtschaftsfunktionär über Chinas neues

#### Außenhandels- und Wirtschaftssystem

Interview mit Dai Lunzhang, Abteilungsleiter des chinesischen Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, Vizepräsident der chinesischen Forschungsgesellschaft für Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Interviewpartner des Instituts für Asienkunde: Eckard Garms

Frage: Herr Dai, der Schwerpunkt Ihrer Arbeit liegt auf Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Können Sie uns deshalb etwas über die Zusammensetzung der Waren sagen, die China auch in den nächsten Jahren importieren möchte?

Dai: Die Waren, die China für sein Modernisierungsprogramm in den nächsten Jahren importieren wird, lassen sich zu sechs Komplexen zusammenfassen. Der erste betrifft den Energiebereich. China braucht Kraftwerke, und zwar solche, die sowohl auf Kohle- und auf Wasserbasis als auch auf Kernenergiebasis Energie erzeugen. Schon jetzt hat China zwei Kernkraftwerke aus Frankreich bestellt. Ein kleineres wird in Shenzhen (im Wirtschaftssondergebiet in der Nähe Hongkongs) arbeiten. Ein weiteres Schwachglied in der chinesischen Wirtschaft ist die Infrastruktur unseres Landes. Die chinesischen Investitionsmittel sind hierfür begrenzt, aber es ist ebenfalls schwer, ausländische Investitionen für Schwerpunktprojekte zu mobilisieren. Der zweite Komplex betrifft die Erschließung von Bodenschätzen, besonders von Kohle. Hier ist China sehr an der deutschen Technologie interessiert. Gerade auf diesem Gebiet bieten sich Kompensationsgeschäfte an. Der dritte Komplex umfaßt Verkehr und Transport, besonders den Hafenausbau. Die Öffnung unseres Landes zu einem verstärkten Außenhandel macht den Ausbau unserer Hafenskapazitäten nötig. Viele ausländische Reedereien laufen chinesische Häfen ungern an, weil sie dort lange kostbare Liegezeiten in Kauf nehmen müßten.

Der vierte Komplex umfaßt die Rohmaterialienindustrie, z.B. Baumaterialien und Plastikrohstoffe. Der fünfte Bereich ist die Feinmechanik- und die Elektronikindustrie. Auch hier haben sich mit der Bundesrepublik schon gute Beziehungen ergeben. Gerade aus der Nichtlieferbereitschaft von Engländern und Amerikanern auf einigen Gebieten konnten deutsche Firmen hier Abschlüsse erzielen. Der sechste Komplex sind die Eisen- und Stahlindustrie und die Buntmetalle.

Frage: Gegenwärtig geben die Verschiebungen bei

den Zuständigkeiten im Außenhandelssystem vielen ausländischen Geschäftsleuten Rätsel auf. Wo es früher eine allein zuständige Außenhandelsgesellschaft gab, wachsen jetzt neue Partner des ausländischen Geschäftsmanns aus dem Boden. Viele fragen, an wen sie sich denn jetzt zu wenden haben.

Antwort: Im chinesischen Außenhandelssystem gibt es heute nicht nur Wettbewerb, sondern auch Konkurrenz. Diese ist geschützt, gestattet und uns willkommen. D.h., daß das staatliche Außenhandelsmonopol nicht mehr in der alten Weise existiert. Im Gegenteil, wir machen uns sogar Gedanken darüber, mit Antikartellgesetzen monopolartige Stellungen im Außenhandel zurückzudrängen. Jetzt ist es großen Firmen, Stätten und Abteilungen (das sind nachrangige Behörden mit quasi Geschäftsbefugnissen) gestattet, selbst mit ausländischen Geschäftsleuten Kontakte aufzunehmen und Geschäfte abzuschließen. Unter dem 1. Maschinenbauministerium gibt es z.B. jetzt 25 Fabriken, die das Recht haben, Direktverträge mit dem Ausland abzuschließen. Diese Zahl wird sich in der Zukunft sogar noch erhöhen. Natürlich müssen diese Firmen auf bestehende Verträge, die z.B. in der Vergangenheit vom Ministerium abgeschlossen worden sind, achtgeben.

Frage: Aber was machen dann noch die zentralen Außenhandelsgesellschaften?

Antwort: Sie sind weiterhin und werden auch in Zukunft für die wichtigsten Waren, die von nationaler Bedeutung sind, zuständig sein. Hier kann man ein Beispiel nennen: Erdöl. Jedoch werden Erdölprodukte auch dezentral verkauft.

Frage: Wenn sich in Zukunft chinesische Außenhandelsfirmen gegenseitig Konkurrenz machen, dann schließt das doch z.B. ein, daß man sich gegenseitig unterbietet oder Märkte streitig macht.

Antwort: Dieses Problem existiert schon jetzt. Nehmen Sie z.B. unseren Krebsexport nach Hongkong. Früher wurde er exklusiv über eine Außenhandelsgesellschaft nach Hongkong abgewickelt. Diese Außenhandelsgesellschaft war aber nicht

in der Lage, alle bei uns angebotenen Krebse aufzukaufen. Das führte dazu, daß einzelne Provinzgesellschaften um die Erlaubnis bitten, ihrerseits ihre Krebse nach Hongkong auszuführen. Die Außenhandelsgesellschaft war damit einverstanden, und jetzt gibt es in Hongkong mehrere Anbieter chinesischer Krebse, wie z.B. aus den Provinzen Guangxi und Fujian. Die wachsende Konkurrenz führte dazu, daß die Preise für die chinesischen Krebse fielen. Im letzten Jahr ergab sich die Situation, daß, obwohl wir mengenmäßig mehr Krebse nach Hongkong ausgeführt haben, aufgrund der gefallen Stückpreise unsere Einnahmen insgesamt gefallen sind.

Frage: Dies gab sicherlich den Befürwortern des alten Außenhandelsmonopols Argumente in die Hand.

Antwort:

In Kreisen unserer Außenhandelsorganisation gab es hierzu zwei Meinungen, die ich einmal beispielhaft für die gesamte Diskussion darstellen möchte: Zum einen wurde die Meinung vertreten, daß die Rückkehr zum Außenhandelsmonopol bzw. zu gemilderten Formen ratsam sei; z.B. könne man Preis- und Mengenabsprachen treffen, also etwas kartellartig vorgehen. Auf diese Weise müßte es gelingen, unsere Erlöse aus dem Außenhandel stabiler zu gestalten als bei unkontrollierter Konkurrenz. Die zweite Auffassung wollte dieser Argumentation nicht folgen. Sie vertrat die Ansicht, daß die Konkurrenz nützlich sei, daß es darum ginge, im Lande die Interessen aller am Absatz interessierten Seiten zu motivieren. Natürlich gebe es die Probleme der sinkenden Absatzpreise, aber dies müsse die Erzeuger dazu veranlassen, ihre Kosten zu senken und ihre Qualität zu steigern. Insgesamt sei dies eine heilsame Kur, der man sich unterwerfen müsse.

Frage: Wer vertritt denn welche Meinung?

Antwort: Die zweite Meinung ist die relevante und dominante. Die erste wird - nun ja - z.B. von den zentralen Außenhandelsministerien vertreten.

Frage: So sehr viele ausländische Geschäftspartner diese Auflockerung des chinesischen Außenhandelssystems begrüßen, so ergeben sich auch Probleme in diesem Zusammenhang. Nehmen wir die Frage der Generalvertretung. Wenn eine Firma z.B. früher eine Generalvertretung für eine bestimmte Ware übernommen hatte, so sieht sie diese Position inzwischen gefährdet, denn die chinesischen, zu neuen Rechten gelangten Firmen oder dezentralen Außenhandelsorganisationen schließen jetzt auch mit anderen Handelshäusern Vertretungen für diese Ware ab.

Antwort: Wo Generalvertretungen bestehen, müssen wir uns an den Verträgen orientieren und diese einhalten. Aber diese Geschäftsform macht nicht sehr viel aus. Wir haben nicht sehr viele Erzeugnisse an Generalvertreter abgegeben. Auch in Zukunft werden Generalvertretungen abge-

schlossen werden, aber nicht alle Fabriken dürfen dies tun, und wenn, dann höchstens für ihre eigenen Erzeugnisse. Übergeordnete Gesellschaften müssen sich an bestehende Verträge über Generalvertretungen halten.

Frage: Herr Dai, ähnliche Kompetenzverlagerungen nach unten, wie wir sie im System des Außenhandels beobachten, gibt es auch in der chinesischen Binnenwirtschaft. Wie schätzen Sie gegenwärtig die weitere Entwicklung des chinesischen Kurses der Strukturreformen und der Reform des Wirtschaftssystems ein?

Antwort: Die Wirtschaftsreform ist das schwerste. Wir müssen die Eigenverantwortlichkeit der Betriebe vergrößern. Nach den bislang abgelaufenen Versuchen sollen jetzt alle Betriebe im gesamten Land größere eigene Kompetenzen erhalten. Lassen Sie es mich einmal schrittweise darstellen. Ich will hierbei auf drei Aspekte eingehen, nämlich die Produktion, die Zirkulation und die Verteilung, und hierfür zwei Reformschritte, die diese drei Aspekte betreffen, darstellen. Der erste, gemäßigte Schritt der Reform wird ab 1. Januar 1981 landesweit für alle Betriebe in Kraft treten. In der Produktion wird das für die Betriebe bedeuten, daß sie zuerst den staatlichen Plan zu erfüllen haben. Wenn sie jedoch dann noch freie Kapazitäten haben, und das ist bei den meisten Betrieben der Fall - sie haben von 10 - 50% ihrer Kapazitäten dann noch zur Verfügung - wenn sie also noch freie Kapazitäten haben, können und sollen sie nach den Markterfordernissen weitere Waren herstellen und sie auch selbst absetzen. Dies gilt ebenfalls für Militärbetriebe, die zivile Erzeugnisse herstellen sollen.

Die wichtigste Neuerung im Zirkulationssystem besteht darin, daß jetzt auch die Produktionsmittel Waren sind. Anders als es z.B. Stalin gesagt hatte. Er hat ja festgelegt, daß die Produktionsmittel, da sie nur innerhalb des staatlichen Sektors zirkulieren und somit keinen Eigentumswechsel erfahren, nicht als Waren gelten und nicht als Waren behandelt werden dürften. Dies ist meiner Meinung nach ganz falsch; es führt praktisch zu vielen Verzerrungen der Versorgung der Betriebe mit Produktionsmitteln. Meiner Meinung nach ist dies eine der Hauptursachen für die schweren Probleme der sowjetischen Wirtschaft. Nach Stalin durften nur die Konsumgüter als Waren behandelt werden. Aber man kann solch eine Zweiteilung in einer einheitlichen Wirtschaft nicht vornehmen. Aber auch heute sind bei uns noch viele Leute dieser Meinung. Bislang wurden deshalb die Produktionsmittel nur über staatliche Kanäle zirkuliert. Wenn wir deshalb über Austausch- und Absatzprobleme sprachen, meinten wir nur die Konsumgüter, obwohl die Mängel bei der Verteilung der Produktionsmittel viel größer waren. Früher gab es nur vertikale Beziehungen bei der Versorgung eines Betriebes mit den von ihm benötigten Materialien; heute gibt es auch horizontale Beziehungen, d.h., ein Betrieb kann mit

anderen gleichgeordneten Betrieben vertraglich den Absatz und den Einkauf regeln, er kann sich seine Produktionsmittel selbst beschaffen.

Frage: Und wie sehen die ersten praktischen Erfahrungen damit aus?

Antwort: Heute gibt es dadurch Probleme, daß sich noch keine langfristigen Vertragsbeziehungen herausgebildet haben. Einkauf und Absatz laufen ungesteuert ab - heute wird hier gekauft, morgen da. Mit dem Wegfall der früher aufgezwungenen Handelsbeziehungen tappen die Betriebe heute oft im Dunkeln, wie diese Beziehungen neu und selbständig aufzubauen sind. Im letzten Jahr gab es deshalb z.B. Bestrebungen, das Materialversorgungsbüro zu einer Firma umzugestalten, aber das erwies sich auch nicht als gangbar. Eigentlich hätte es bedeutet, lediglich eine Behörde zu einer Scheinfirma umzufunktionieren. Jetzt sollen selbständige, unabhängige Handelsfirmen gegründet werden, die selbst für ihren Gewinn und ihren Verlust verantwortlich sind und zu den Betrieben vertragliche Beziehungen aufbauen. Wo es früher Ankaufspezialisten gab - Sie wissen, unsere berühmten "fliegenden Händler", die durchs Land reisten, um bestimmte knappe Materialien irgendwo aufzukaufen -, soll es jetzt marktwirtschaftliche Strukturen geben.

Frage: Wird sich denn eine größere Flexibilität auch in höheren Gewinnen oder Löhnen niederschlagen?

Bei der Verteilung der wirtschaftlichen Ergebnisse wird die Gewinnplanziffer des Betriebes zugrunde gelegt. Von ihr wird ein Verwaltungsfonds, der dem Betrieb zur Verfügung steht, einbehalten. Von dem über den Plan hinausgehenden Gewinn verbleibt ein Teil beim Betrieb, der damit die Produktion erweitern oder Prämien ausschütten kann. Der Rest wird wie zuvor ganz an den Staat abgeführt. Erfindungen, die im Betrieb gemacht werden, bleiben Eigentum des Betriebes; sie bleiben entweder in der Fabrik oder können nach außenhin verkauft werden. Der Sinn dieses Verfahrens ist, daß es die Gleichmacherei, die es bei den Arbeitslöhnen schon nicht mehr gibt, aber noch bei den Fabriken, daß man diese Gleichmacherei zerstört und die Betriebe je nach ihrer Leistung verdienen.

Sie wissen, es hat in den letzten Jahren 40% Lohnerhöhung gegeben; was früher jedoch nur vom Betriebsalter festgesetzt wurde, soll sich in Zukunft an der Leistung orientieren. In der Vergangenheit schütteten auch die Verlustbetriebe Prämien aus; das soll in Zukunft nicht mehr der Fall sein.

Frage: Dies war also der erste Reformschritt, der inzwischen in einer großen Anzahl chinesischer Betriebe schon in Ansätzen verwirklicht wird. Wie sieht jetzt der zweite Schritt der Wirtschaftsreform aus?

Antwort: In dieser zweiten Stufe der Wirt-

schaftsreform sind die Betriebe selbst für Gewinn und Verlust verantwortlich (zi fu ying kui). Hier gibt es bislang aber nur wenige Betriebe, die dieses System praktizieren, hauptsächlich bislang in Shanghai und Sichuan.

Bei der Produktion gibt es keine Planziffern mehr, sondern nur noch Markterfordernisse. Ausnahmen gibt es natürlich auch: Die Schwerindustrie und der militärische Bereich werden weiterhin von der Produktion her durch den Plan gesteuert.

Noch sind die Probleme bei weitem nicht gelöst. Nehmen Sie das Beispiel der Herstellung von Ventilatoren. Es gibt im Augenblick in China viel zuwenig Ventilatoren. Wenn wir also heute den Betrieben gestatten würden, das herzustellen, was am Markt benötigt wird, würde es wahrscheinlich in kurze hundert Ventilatoren-Fabriken geben. Deshalb gibt es Stimmen, die sagen, wir brauchen ja doch einen Plan, denn hundert Ventilatoren-Fabriken sind natürlich viel zuviel. Ich meine jedoch, wenn es zuviel Ventilatoren gibt, werden sie auch nicht verkauft werden, so daß es vielleicht gar nicht zu der Gründung von hundert Fabriken kommt bzw. einige Fabriken in ihrer Produktion sich wieder umstellen werden.

Frage: Das heißt, Sie plädieren hier für die "marktwirtschaftliche" Lösung dieses Problems eines Überangebotes.

Antwort: Ich wollte Ihnen mit diesem Beispiel nur darstellen, wie diese Fragen bei uns diskutiert werden, und daß es weiterhin viele Kader gibt, die sich unter einer marktwirtschaftlichen Herangehensweise wenig vorstellen können und bei Problemen lieber auf die alten, gar nicht so sehr bewährten Methoden zurückgreifen.

Z.B. wurde angesichts wachsender Probleme bei der Materialversorgung der Betriebe für eine stärkere Zentralisierung und Kontrolle von oben plädiert. Heute sieht die Situation anders aus. Wir wollen die staatliche Kontrolle auf ganz wenige Produkte beschränken; die meisten sollen durch den Markt abgesetzt werden, darunter auch die Produktionsmittel.

Der dritte Aspekt, die Verteilung sieht vor, daß die Betriebe einer Gewinnsteuer unterliegen, daß es also keine direkte Abführung der Gewinne an den Staat mehr gibt, sondern nur noch diese indirekte Form durch Steuern. Die Betriebe sollen auch das Recht erhalten, selbst Lohnerhöhungen vorzunehmen. Heute ist das noch nicht so. Auch die Lohnerhöhungen in den vergangenen ein bis zwei Jahren wurden auf Befehl der Zentrale in allen Betrieben durchgeführt. Sie müssen sich das einmal vorstellen: In ganz China wurden zum gleichen Zeitpunkt die Löhne in gleichem Umfang und in gleicher Abstufung erhöht.

Frage: Schließt diese Selbstverantwortlichkeit

für Gewinn und Verlust auch die Möglichkeit ein, daß Betriebe pleite gehen?

Antwort: Es wird in Zukunft in China Betriebs-schließungen durch Pleiten geben. Sie wissen, auch in den vergangenen Jahren haben wir schon Betriebe geschlossen, stillgelegt bzw. mit anderen fusioniert. Aber dies war von oben bestimmt. In Zukunft soll dies durch Marktkräfte geregelt werden. Die Arbeiter werden auch von den Betrieben weglaufen, in denen nichts verdient wird.

Frage: Das heißt auch, das staatliche Arbeits-monopol wird dann nicht mehr existieren?

Antwort: Wir nennen das nicht "staatliches Arbeitsmonopol" - obwohl es wohl das gleiche ist -, sondern "einheitliche Verteilung durch den Staat". Heute gibt es Entlassungen, aber nur in äußerst schweren, ganz seltenen Fällen - so selten, daß die Volkszeitung darüber berichtet, wenn es einmal vorkommt. Unter diesem, hier von mir beschriebenen System wird es natürlich Entlassungen geben und damit auch Arbeitslosigkeit.

Frage: Das heißt, die Probleme mit der Arbeitslosigkeit, die es ja jetzt schon in China gibt, werden sich noch weiter erhöhen?

Antwort: Wir werden einen Markt haben, aber wir haben auch eine sozialistische Wirtschaft. Deshalb wird der Staat die Verantwortung für diese Arbeiter übernehmen. Das ist übrigens auch ein Grund, daß wir ein starkes Interesse an Ihrer "sozialen Marktwirtschaft" haben.

Es werden übrigens unter diesem System nicht nur Arbeiter entlassen, sondern es werden sich auch neue Lösungsmöglichkeiten für stellungs-suchende Arbeiter ergeben; zum Teil haben wir sie ja jetzt schon. Arbeiter werden sich selber einen Arbeitsplatz suchen können; sie werden z.B. in der Kollektivwirtschaft oder auch in privaten Betrieben unterkommen können.

Frage: Sie haben selber die Stichworte gegeben. Wie wird sich das chinesische Eigentumssystem in Zukunft verändern?

Antwort: Nun, es wird eine wachsende Kollektiv-wirtschaft geben. Die Kollektivwirtschaft ist von ihrem Charakter her sozialistisch. Das wird jetzt überall anerkannt. Damit wird sie auch ein besseres Ansehen genießen. Sie wissen, früher wurden die Kollektivbetriebe stark behindert. Sie mußten übermäßig viel Steuern bezahlen, sie konnten an ihre Arbeiter keine Pensionen zahlen und ihnen keine Krankenversicherung garantieren. Die Arbeiter in Kollektivbetrieben bekamen auch politische Schwierigkeiten, sie konnten z.B. nicht in die Partei eintreten oder auch nicht in die Gewerkschaft. Es wird auch Privatbetriebe geben, und alles dies wird in den Steuergesetzen zu berücksichtigen sein. Bislang gehen die Fragen der Besteuerung hier sehr durcheinander. Es gibt keine festen

Steuersätze. Man wird in der Verfassung allen drei Eigentumsformen eine feste rechtliche Stellung einräumen, so wie beispielsweise in Jugoslawien.

Frage: Können Sie etwas über die zukünftige Gewichtung der drei Eigentumsformen im chinesischen Wirtschaftssystem sagen?

Antwort: Die Schwerindustrie wird staatlich bleiben. In der Leichtindustrie und im Handwerk werden kollektive Eigentumsformen einen ganz großen, wichtigen Platz einnehmen. Der Bereich der Dienstleistungen wird vermutlich in seiner Mehrheit privat und kollektiv organisiert werden. Dies ist auch für das Auffangen der Arbeitslosigkeit von großer Bedeutung. In Privatbetrieben darf es aber keine Ausbeutung geben.

Frage: Das heißt also, daß Privatbetriebe nur Familienangehörige und einige Lehrlinge beschäftigen dürfen - jedenfalls offiziell. Aber ist das Ausbeutung, wenn ein Arbeiter in einem Privatbetrieb zwar nicht zur Familie gehört, aber er durch seine Beschäftigung in diesem Betrieb überhaupt eine Arbeitsstelle findet und womöglich noch mehr als in einem Staatsbetrieb verdient?

Antwort: Sie als Ausländer und auch Übersee-chinesen dürfen in China größere Betriebe gründen. Sie dürfen auch andere Arbeitskräfte einstellen. Aber um soziale Unterschiede zu vermeiden, dürfen Chinesen keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen.